

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 54

Montag, den 7. März 1927.

101. Jahrgang

Der Lufttakt zur Ratstagung.

Die erste Fühlungnahme der Außenminister

Dr. Stresemann, Chamberlain, Briand in Genf.

U. Genf, 7. März. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist gestern vormittag kurz vor 8 Uhr mit dem Staatssekretär von Schubert aus San Remo in Genf eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von den bereits eingetroffenen Mitgliedern der deutschen Delegation, sowie von der gesamten deutschen Studentenenschaft der Genfer Universität empfangen. Dr. Stresemann hatte sogleich nach seiner Ankunft eine längere Unterredung mit Staatssekretär von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus, sowie dem Völkerbundsreferenten von Bülow.

Der französische Außenminister Briand ist ebenfalls gestern vormittag in Begleitung seines Kabinettschefs Leroy, des Völkerbundsreferenten Grafen de Clauzel, sowie des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz, Massigli, in Genf eingetroffen. Mit dem gleichen Zuge kamen Chamberlain und Lady Chamberlain, der japanische Botschafter Graf Nishi, sowie der belgische Außenminister Vandervelde an.

Die Außenminister nehmen gegenseitig Fühlung.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat die erste Fühlungnahme zwischen den Außenministern stattgefunden. Um 3 Uhr suchte Chamberlain Briand auf, der vorher längere Zeit mit dem rumänischen Vertreter im Völkerbundsrat, Titulescu, verhandelt hatte. Kurz nach 5 Uhr erschienen bei Chamberlain Briand, Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert sowie Ministerialdirektor Dr. Gaus.

Es verlautet, daß in dieser ersten Unterredung lebhaft im großen die auf der Tagesordnung stehenden Fragen durchbesprochen wurden. Im Vordergrund stehen gegenwärtig die Verhandlungen über den Rückzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet. Von maßgebender deutscher Seite wird hierzu folgendes erklärt:

Aufgabe der Verhandlungen der nächsten Tage wird es sein, eine Zurückführung der französischen Truppen für einen bestimmten Termin zu erreichen. Man dürfe annehmen, daß dem von französischer Seite kein Widerstand entgegengesetzt werden wird.

Weiter müsse die vorgeschlagene Biffer für das internationale Bahnschuldenkorps im Saargebiet erheblich herabgesetzt werden. Ferner werde auf eine genaue Festlegung der Befugnisse dieses internationalen Bahnschuldenkorps hinzuwirken sein.

In den gestrigen Verhandlungen der Außenminister ist über diese Frage bereits gesprochen worden; man scheint an einem Kompromiß zu arbeiten, das eine Festsetzung des Termins für die Zurückführung der französischen Truppen sowie eine Herabsetzung der Biffer des internationalen Bahnschuldenkorps vorzieht. Die endgültige Entscheidung wird vom Völkerbundsrat in einer der Sitzungen der nächsten Tage zu fassen sein.

Die deutsch-polnischen Fragen sind in den Verhandlungen des gestrigen Nachmittags noch nicht zur Sprache

gekommen. Eine Fühlungnahme zwischen Stresemann und dem polnischen Außenminister Jazelski hat bis zur Stunde noch nicht stattgefunden und ist vorläufig auch noch nicht vorgesehen.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, hat sich nach Genf begeben, um als Sachverständiger während der Verhandlungen zwischen den Außenministern Stresemann und Jazelski zur Verfügung zu stehen.

Der Kompromißvorschlag des Finanzkomitees für das Dantzig-polnische Zollabkommen von Polen abgelehnt.

U. Genf, 7. März. Die polnische Delegation hat im Beisein des Außenministers Jazelski gestern nachmittag in längerer Beratung den Kompromißvorschlag des Finanzkomitees für das Dantzig-polnische Zollabkommen als unannehmbar abgelehnt. Das Finanzkomitee wird voraussichtlich morgen nachmittag erneut zusammentreten, um die durch den polnischen Beschluß geschaffene Lage zu beraten.

Das Programm der heutigen Völkerbundsratssitzung.

Der Völkerbundsrat wird heute vormittag unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns um 11 Uhr zunächst zu einer Geheim-sitzung zusammentreten. Hierbei wird der Antrag des Völkerbunds-Kommissars in Dantzig, Van Hamel, auf Übernahme seines Gehaltes durch den Völkerbund zur Sprache kommen. Man nimmt an, daß der Völkerbundsrat sich der ablehnenden Auffassung der Kontrollkommission anschließen wird.

In der öffentlichen Sitzung wird zunächst die Frage der Lagerung von Kriegsmaterial in Dantzig zur Sprache kommen. Diese Frage wird voraussichtlich vom Völkerbundsrat zunächst an die im Juni zusammentretende beratende Kommission des Völkerbundes zur Stellungnahme überwiesen werden. Vorläufig soll der Völkerbunds-Kommissar in Dantzig vom Völkerbundsrat mit der Entscheidung für den einzelnen Fall beauftragt werden. Ferner wird in der heutigen öffentlichen Sitzung der Bericht der Mandatskommission über die direkte Anhörung der Vertreter der Mandatsgebiete sowie über den neuen Fragebogen für die Mandatsmächte zur Sprache gelangen. Des weiteren steht auf der Tagesordnung der Bericht der Hygienekommission sowie das System der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

Für den Nachmittag ist keine weitere Sitzung des Völkerbundsrates vorgesehen. Am Nachmittag tritt lebhaft ein Unterkomitee des Völkerbundes zur Entscheidung über die von Rumänien vor den Völkerbundsrat gebrachte Frage der Kompetenz des gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshofes in Paris zusammen.

Die gestern vom Völkerbundssekretariat veröffentlichte Tagesordnung für die nächsten Ratssitzungen, die insgesamt jetzt 40 Fragen umfaßt, reicht bis zum Mittwoch, jedoch allem Anschein nach mit einer nur kurzen Dauer der gegenwärtigen Völkerbunds-tagung gerechnet werden kann. Nach den bisherigen Dispositionen werden die Fragen der Neubildung der Saarregierung sowie des Rückzugs der französischen Truppen aus dem Saargebiet nicht vor Mittwoch zur Verhandlung gelangen. Auf der für Dienstag nachmittag vorgesehenen Völkerbundsratssitzung wird voraussichtlich der Protest des oberschlesischen Volksbundes behandelt werden.

Landwirtschaft und Weltwirtschaftskonferenz.

Dr. Hermes über die internationale Arbeit in der Landwirtschaft.

U. Münster, 7. März. Auf einer Tagung des Landwirtschaftlichen Beirates der westfälischen Zentrumspartei, an der auch eine Reihe rheinisch-westfälischer Parlamentarier teilnahmen, ergriff Reichsminister a. D. Dr. Hermes das Wort zu einem Referat über die internationale Arbeit in der Landwirtschaft.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf nehme, so führte der Redner aus, die Landwirtschaft eine gleichberechtigte Stellung neben Handel und Industrie ein. Als Begründung für die Einberufung der Konferenz nach Genf führte Dr. Hermes die in allen Weltländern mit Ausnahme von Amerika herrschende elende Wirtschafts- und Finanzlage an. Er hob besonders das Sinken des europäischen Anteiles am Welthandel um 15 Proz. und andererseits das Steigen dieses Anteils in den außereuropäischen Ländern um 30 Proz., wie auch den Umstand, daß es gegenwärtig in Europa acht neue Zollgebiete und sieben neue Währungen gebe, hervor. Erfreulicherweise sei das deutsche Arbeitsprogramm für die Konferenz angenommen worden. Aus dem landwirtschaftlichen Programm, das in Genf zur Beratung kommen werde, seien hervorzuheben: Die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft im Vergleich zur Vorkriegszeit, die Entwicklung der Kaufkraft der Landwirtschaft u. die Ursachen für die Schwereigkeiten auf dem Gebiete der Produktionssteigerung der Landwirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern.

Nachdrückliche Betonung verdiene, daß die Landwirtschaft, die Vertreter in der Enquetekommission eng mit den Spitzenorgani-

sationen des Berufsstandes zusammenarbeiten. Es seien unter Mitarbeit des deutschen Landwirtschaftsrates 3000 Betriebe herausgenommen worden, deren Einnahmen und Ausgaben für die Wirtschaftsjahre 1924, 1925 genau untersucht werden. 500 Betriebe würden zur Erhebung der Rückwirkungen der steuerlichen Belastung durch Realsteuern und kommunale Zuschläge zum Vergleich mit der Vorkriegszeit herangezogen. Auch die Frage des Agrarredits sowie die Gründe für seine Verknappung seien erörtert worden.

Sodann auf die internationale Zusammenarbeit im Ganzen übergehend, wies der Redner darauf hin, daß er bereits im Dezember vorigen Jahres hervorgehoben habe, daß von den 470 Millionen Menschen der europäischen Völkerbundsstaaten allein 300 Millionen sich aus landwirtschaftlicher Bevölkerung zusammensetzen. Es handele sich also nicht um ein enges Wirtschaftsproblemm, sondern um die große Frage der Binnenmärkte. Obwohl die Landwirtschaft ihrer Lage nach in Deutschland um ein Viertel zurückgegangen sei und durch die Friedensverträge die Bodenfläche stark verringert sei, so sei doch die Leistung der Landwirtschaft für die Volksernährung ungeheuer gestiegen. Ein internationaler Güteraustausch könne nur dann ein gesunder sein, wenn er von einem starken Innenmarkt getragen werde.

In der Frage der Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumvereinen entwirft der Redner ein Bild von der Tätigkeit dieser Genossenschaften in den einzelnen Ländern hinsichtlich der Güter- und Getreidefragen. Die Konsumvereine seien heute so stark entwickelt, daß sie einen Teil des nationalen Marktes versorgen. In einigen Ländern hätten sich starke wechselseitige Beziehungen zwischen den Genossenschaf-

Tages-Spiegel.

In Genf hat gestern die erste Fühlungnahme zwischen den Außenministern Stresemann, Briand und Chamberlain vor der heute beginnenden Ratstagung stattgefunden.

Im Mittelpunkt der gestrigen Außenministerbesprechungen stand die deutsch-französische Frage, die voraussichtlich auch den Kernpunkt der Ratstagung bilden wird.

Man erwartet in der Saarfrage und in der Dantziger Angelegenheit ein Kompromiß.

Vor seiner Abreise nach Genf empfing Briand den deutschen Botschafter v. Hoepf und besuchte verschiedene in Genf zu erörternde Probleme zur Sprache.

Die deutsche Regierung wird anlässlich der letzten Vorfälle in der Pfalz bei der französischen Regierung wegen der Werbung zur Fremdenlegion im besetzten Gebiet vorstellig werden.

Berufen durch die entgegenkommende Haltung Rußlands werden dieser Tage die französisch-russischen Schuldenverhandlungen wieder aufgenommen.

Die Kantonearmee steht unmittelbar von Schanghai. Auch die japanischen Marinekräfte sind nunmehr gelandet worden.

ten und den Konsumvereinen herausgebildet. Die deutsche Landwirtschaft sei vor allem an der nationalen Seite dieser Angelegenheit stark interessiert, habe aber kein Interesse daran, diese Beziehungen zu verstärken. Man werde das verstehen, wenn man bedenke, daß die Hamburger Großhandelsgenossenschaft heute 63 Prozent der Güter direkt von den Genossenschaften, davon aber nur 7 Proz. von den deutschen Genossenschaften, beziehe. Hier müsse eine Umstellung erzielt werden, die zu einer größeren Zusammenarbeit führe. Von Bedeutung sei auch, daß von der sogenannten Enquetekommission die Frage der Preispanne aller landwirtschaftlichen Nahrungsmittelzeugnisse einer grundsätzlichen Forschung unterzogen würde.

In allen Ländern sei die landwirtschaftliche Produktion steigertungsfähig. Hierbei müsse sich jedoch die Landwirtschaft der modernen Methode bedienen. Eine starke Verbundenheit unter den landwirtschaftlichen Berufsständen aller Länder sei zweifellos vorhanden. Wenn die deutsche Landwirtschaft überhaupt etwas erreichen wolle, so müsse sie im Innern eine Einheitsfront bilden. An der Festigkeit des Völkerbundsinstitutes müsse auch deutschseits gearbeitet werden. Die Spitzenorganisationen der deutschen Landwirtschaft würden alles daran setzen, um mit einer einheitlichen Marschroute nach Genf zu gehen.

Wiederaufnahme der russisch-französischen Schuldenverhandlungen.

Neue russische Vorschläge an Frankreich.

U. Moskau, 7. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Botschafter in Paris, Rawowski, am Samstag in Begleitung einer achtgliedrigen diplomatischen Delegation Moskau verlassen, und sich nach Paris begeben, um die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Anfang dieser Woche wird auch der französische Botschafter in Moskau, Herbette, in Paris erwartet, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, die Schuldenprobleme zu besprechen. Sie soll sich ferner bereit erklären haben, den Zinssatz für die Schulden, die schon anerkannt worden sind, zu ermäßigen. Rußland hofft, eine große Warenanleihe in Frankreich aufzunehmen, die auf dem Prinzip des 300-Millionen-Kredits aufgebaut sein soll.

In französischen diplomatischen Kreisen ist man bezüglich der neuen russisch-französischen Verhandlungen sehr pessimistisch gestimmt. Man weist darauf hin, daß eine Einigung der Sowjetregierung fast unmöglich sei. Die neuen russischen Vorschläge bedeuten zwar einen Schritt vorwärts, jedoch werde Frankreich auf diese Vorschläge nicht eingehen.

Wirbelsturm über Madagaskar.

U. Berlin, 7. März. Die Abendblätter melden aus Kapstadt: Wie aus Mauritius gemeldet wird, ist die gesamte Ostküste Madagaskars von einem furchtbaren Wirbelsturm betroffen worden, der überall große Verluste an Menschenleben und ungeheuren Schaden verursacht hat. Allein in der Stadt Tamatave sind über 500 Tote und Schwerverletzte zu verzeichnen. Der Ort ist vollkommen zerstört. Von den übrigen durch die Katastrophe betroffenen Ortschaften fehlt bisher jede Nachricht, da Telegraphen und Telefonlinien überall zerstört sind. Man befürchtet, daß der Cyclon Tausende von Opfern gefordert und zahlreiche Küstenorte in Trümmer gelegt hat.

Reichskanzler Marx über die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes.

II. Berlin, 6. März. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltete gemeinsam mit dem deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schulblüde in der vergangenen Woche im Reichstage eine Feier aus Anlaß des Abschlusses der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte des Krieges.

Nachdem Gouverneur Dr. Schnee die zahlreich erschienenen begrüßt hatte, ergriff Reichskanzler Marx das Wort. Er habe, so führte der Reichskanzler aus, schon in einem Beitrage zu der vom Arbeitsausschuß herausgegebenen Festschrift dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß die Enthüllung der Wahrheit über die Vorgeschichte des Weltkrieges eine Tat im Sinne der Völkerveröhnung sei. Immer stärker regten sich in allen Ländern die Kräfte, um die Gegensätze zwischen den Nationen zu überwinden und ein Zusammenarbeiten herbeizuführen. Diese Kräfte würden jedoch durch die Erinnerung an das große und furchtbare Erlebnis der europäischen Völker, das der Weltkrieg war, in ihrer Arbeit gehemmt. Das sei nach dem Geschehenen durchaus begreiflich, aber es bedente zugleich die eigentliche Gefahr für jene Eintracht, von der er eben gesprochen habe. Da gebe es nur ein Mittel, das Hindernis zu überwinden: Sich über den Sinn und das Wesen des ungeheuren Erlebnisses des Weltkrieges klar zu werden zu versuchen. Für diese Arbeit bedeute die Publikation der deutschen Vorkriegsakten einen Beitrag, der nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Ohne Annäherung dürften die Deutschen es mit berechtigtem Stolz ansprechen, daß sie die ersten gewesen seien, die den Weg zur Enthüllung der Wahrheit betreten hätten. Ohne Rücksicht auf sich selbst habe Deutschland die Schleier von seinen Geheimnissen gelüftet. Deutschland wolle so der Welt die Möglichkeit geben, die Wirklichkeit klar zu sehen. Auf diese Weise hoffe es den großen Streit um die Verantwortung von dem Felde der Leidenschaft auf das Gebiet der ehelichen Einsicht hinüberzuführen, denn nur dort könne eine Klärung und ein wahrhaftiges Urteil gewonnen werden. Es dürfe wohl heute schon festgestellt werden, daß auf Grund der veröffentlichten Akten der politischen Epoche von 1871—1914 niemand mehr an den Beschuldigungen festhalten könne, die eine haßerfüllte Kriegspropaganda gegen Deutschland über die ganze Welt verbreitet habe. Gerade hierin aber erblickten die Deutschen einen großen Fortschritt zugleich im Sinne der Völkerveröhnung.

Sodann dankte der Reichskanzler den Herausgebern Dr. Thimme und Professor Mendelssohn-Bartholdy für die von ihnen geleistete Arbeit. Auch sprach der Reichskanzler Oberst Schwertfeger, der durch seine Wegweiserbände die Aktenpublikation ergänzt hat, seinen Dank aus.

Nachdem der Reichskanzler seine Ausführungen beendet hatte, gab Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy eine Würdigung des nunmehr abgeschlossenen Aktenwerkes. Er wies darauf hin, daß 16 000 Dokumente aus den Archiven ausgewählt werden mußten. Er und seine Mitherausgeber hätten ihre Aufgabe als eine nuchterne und harte Lebenspflicht angesehen. Wir müßten das Unheil eines Krieges ändern können, dessen Erinnerung uns so furchtbarer wirkt, je sicherer wir beim Vergleichen der Zeugnisse davon überzeugt würden, daß die Regierung ihn nicht gewollt und berechnend zu günstigerer Zeit herbeigeführt hätte. Wir seien erfüllt von ungeheurer Mitleid mit allen, die ihre Anstrengungen zur diplomatischen Friedenssicherung scheitern sehen mußten. Vielleicht hätte es für einen Staatsmann wie Bismarck einen Ausweg aus der Verlekkung, in der sich Europa befand, gegeben. Alle Völker Europas aber müßten es heute ändern können, daß noch einmal der Frieden der Welt durch das Spiel mit dem casus foederis aufs Spiel gesetzt werde. Wir wollten heraus aus der abergläubischen Furcht, die den Krieg aus Fahrlässigkeit, aus Mangel an der Kraft zum Frieden entstehen lasse. Zu dieser geistigen Anstrengung solle das deutsche Aktenwerk im Verein mit denen, die ihm in der Welt folgen werden, helfen.

Mit einem Mahnwort der Frau Reichstagsabgeordneten Mende vom Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schulblüde fand die Feier ihren Abschluß.

Um die Strafrechtsreform.

Besprechung der Justizminister der Länder.

II. Berlin, 6. März. Amtlich wird mitgeteilt: Am 4. ds. Mts. traten im Reichsjustizministerium die Justizminister der Länder, die von ihren Sachbearbeitern begleitet waren, zu einer Aussprache zusammen. In der Besprechung, die der Reichsjustizminister Hergt leitete, wurden insbesondere die wichtigsten Fragen der Strafrechtsreform erörtert. Die Klärung der Anschauungen, die bei der gemeinsamen Beratung erzielt wurde, läßt erwarten, daß eine Einigung mit der Reichsregierung erzielt werden wird. Mit besonderer Wärme wurde begrüßt, daß man dem Ziele der Rechtseinheit auf diesem Gebiete näherrücke. Die Besprechung wurde durch ein Frühstück unterbrochen, zu dem der Reichsjustizminister die Teilnehmer der Versammlung gebeten hatte. Der hohe Wert eines solchen Meinungsaustausches zwischen den Leitern der Justizverwaltungen des Reiches und der Länder wurde allseitig anerkannt. Es besteht die Absicht, möglichst häufig zu ähnlichen Aussprachen zusammenzutreten.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Zaleski über die deutsch-polnischen und die polnisch-englischen Beziehungen.

II. Warschau, 6. März. Aus Wien wird hierher gemeldet: Auf seiner Durchreise durch Wien gewährte der polnische Außenminister Zaleski der „Neuen Freien Presse“ ein Interview, das umgehend nach Warschau gedrahiet wurde und in dem er sich ausführlich über die polnische Außenpolitik äußerte, vor allem über die deutsch-polnischen Beziehungen. Zaleski erklärte, daß er sich mit Dr. Stresemann in Genf zu treffen hoffe und sich mit ihm über die evtl. Möglichkeit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen unterhalten werde. Er hoffe, daß auch Dr. Stresemann den guten Willen habe, ebenso wie er, Zaleski, und daß eine Verständigung letzten Endes nicht ausgeschlossen sei. Polen sei immer bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und geneigt, alle noch zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen zu behandeln, jedoch nicht getrennt, sondern im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen. Den besten Beweis dafür habe Polen durch geliefert, daß es keine Konsequenzen sowohl politischer wie wirtschaftlicher Art aus dem Abbruch der Verhandlungen gezogen habe.

Was die Beziehungen Polens zu anderen Ländern betrifft, so seien dieselben vom Friedensgeist beherrscht. Die in letzter Zeit vielfach verbreiteten Meldungen, als ob England der polnischen Regierung vorgeschlagen habe, eine gemeinsame Front gegen Sowjetrußland zu bilden, entfahre jeder Grundlage. Die in letzter Zeit immer mehr bemerkte englisch-polnische Annäherung entspringe allein dem Friedensgedanken, der sowohl England wie auch Polen beherrsche. Von feindlichen Absichten der polnischen Regierung zu irgendwelchen Nachbarn gegenüber sei es lächerlich zu reden. Das hätten auch alle Großmächte erkannt, indem sie Polen einen Sitz im Völkerbundsrat gewährten, und zwar mit dem Recht auf Wiederwählbarkeit. Polen werde das ihm geschenkte Vertrauen voll rechtfertigen und wird mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sowohl politischer wie wirtschaftlicher und militärischer Natur den Friedensgedanken fördern und zu allen anderen Ländern, auch zu Sowjetrußland, gute nachbarliche Beziehungen unterhalten.

Wie die Zeitung erfährt, werden die Bemerkungen des polnischen Außenministers Zaleski in Wien in Berliner politischen Kreisen begrüßt, da sich aus diesen zu ergeben scheint, daß Polen in der Tat geneigt ist, es in Genf zu einer Verständigung kommen zu lassen, jedoch wird darauf hingewiesen, daß Polen durch seine ungläubliche Ausweisungstaktik allein die Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen verursacht hat und daß somit Polen es auch allein in der Hand hat, durch entsprechende Maßnahmen eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen. Zu den Erklärungen in bezug auf das polnisch-russische Verhältnis wird bemerkt, daß Polen mit seinen Erklärungen das russische Mißtrauen wohl nicht völlig beseitigen können, insbesondere da Zaleskis Erklärungen über das Zustandekommen des Ratsfizes für Polen den Tatsachen nicht völlig entsprechen. Der Ratsfisz ist Polen bekanntlich nicht wegen seiner Verdienste um den Frieden, sondern erst nach schwierigen Verhandlungen, die zum Ausscheiden Brasiliens führten, gewährt worden.

Die russisch-baltischen Paktverhandlungen.

II. London, 6. März. Nach einer „Times“-meldung aus Riga steifen die baltisch-sowjetrussischen Verhandlungen für einen Friedens- und Freundschaftspakt mit Sowjetrußland auf Grund der neuen Instruktionen Moskaus an seine Delegationen im Mittelpunkt des politischen Interesses in Riga und Rewal. In unterrichteten Kreisen werde erklärt, daß die Moskauer Regierung jetzt bereit sei, in einem beträchtlichen Teil der lettischen und estländischen Forderungen in der Schiedsgerichtsfrage nachzugeben. Moskau stelle jedoch gleichzeitig Forderungen, die darauf hinauslaufen, Rußland eine gewisse Kontrolle über die Verpflichtungen der baltischen Staaten dem Völkerbund und anderen Staaten gegenüber zu geben. Sowjetrussische Politiker verlangten beschleunigte Unterzeichnung des Paktes, der im gegenwärtigen Augenblick die sowjetrussischen Ziele bedeutend fördern würde.

Wie weit die Rigaer Meldung des englischen Blattes den Tatsachen entspricht, ist natürlich im Augenblick nicht festzustellen. Daß Rußland alle Anstrengungen macht und auch bereit ist, im Rahmen des Möglichen Opfer zu bringen, um eine Ablehnung Englands an die baltischen Staaten und Polen zu verhindern, kann als ziemlich sicher gelten.

Der Mobilisierungsplan Frankreichs.

Die Kammerdebatte über die Mobilisierung der Nation.

II. Paris, 6. März. Die franz. Kammer setzte ihre Beratung über die Gesetzesvorlagen fort, die die Mobilisierung der ganzen Nation im Kriegsfall vorsehen. Painlevé hielt eine große Rede, in der er sich vollkommen dem von Paul Boncour entwickelten Standpunkt anschloß. Einige Abgeordnete verlangten hierauf Einzelheiten über die Mobilisierung.

Alle Franzosen zur Teilnahme an der Nationalen Verteidigung im Kriegsfall verpflichtet.

Im weiteren Verlaufe der Kammer Sitzung fand eine Aussprache über den Art. 1 der Gesetzesvorlage über die nationale

Verteidigung statt, der im Kriege alle Franzosen ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts an der nationalen Verteidigung teilzunehmen verpflichtet. Von radikaler Seite wurde zunächst die Frage aufgeworfen, ob Art. 1 nicht den Eindruck erwecken könne, daß Frankreich auf den im Haager und Londoner Abkommen festgelegten Schutz der Nichtkombattanten verzichten wolle. Die Abfassung des Art. 1 wäre schon deswegen bedenklich, weil damit das deutsche Vorgehen während des Krieges gerechtfertigt erscheinen könnte, als die Deutschen Frauen und Kinder aus dem Kriegsgebiet entfernten und alliierte Schiffe ohne vorherige Warnung torpediert wurden. Paul Boncour erklärte hierauf, daß die Londoner und Haager Abmachungen dem modernen Kriege anzupassen seien. Oberst Pichot erklärte darauf, daß der Krieg ein Verbrechen sei und alle Bürger gleich betreffe. Es könne daher in einem zukünftigen Kriege kein Unterschied zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten gemacht werden. Die Rückverweisung des Art. 1 wird hierauf mit 500 gegen 30 Stimmen abgelehnt und der Art. 1 angenommen.

Die militärischen Sachverständigen der Entente in Berlin.

II. Berlin, 6. März. Gleichzeitig mit der Ernennung des Obersten Durand zum militärischen Sachverständigen für die französische Botschaft sind als Sachverständige für die übrigen Botschaften für Italien der Oberst Rossi, für England der Oberst Gosset, für Belgien Puling ernannt worden. Japan hat auf die Ernennung eines militärischen Sachverständigen verzichtet. Entsprechend dem auf der letzten Ratstagung beschlossenen Genfer Protokoll ist die Aufgabe dieser Sachverständigen, die Resterledigung der Punkte, deren Durchführung entsprechend dem Pariser Abkommen ihrer Natur nach eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Sämtliche Herren waren bisher Mitglieder der Interalliierten Militärkontrollkommission. Sie bilden jedoch kein gemeinschaftliches Gremium und haben keinerlei besondere Verhandlungskompetenzen.

Vor der Völkerbundratstagung.

Der „Temps“ über die bevorstehenden Ereignisse.

II. Paris, 6. März. In einem Artikel, der anscheinend die offiziöse Pariser Meinung vertritt, beschäftigt sich der Temps mit den Erklärungen Dr. Marx' vor der deutschen Presse und mit der Tagung des Völkerbundrates in der kommenden Woche. Der „Temps“ mißt den Ausführungen des Reichskanzlers große Bedeutung bei, betont aber, daß diese Frage nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern daß sie in gleicher Weise England und Belgien angehe. Die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung sei überdies auf diplomatischem Wege bisher nicht angeschnitten worden; weiter betont er, daß die Rheinlandräumung eine interalliierte Angelegenheit sei, sodaß Deutschland allen drei interessierten Regierungen Vorschläge machen müßte. Nichts gestattet zu glauben, daß man unter den gegenwärtigen Umständen über die Frage sprechen würde. Die Kampagne der deutschen Presse würde also solange nicht zum Ziele kommen, als Deutschland nicht selbst über den Preis und die Garantien sich schlüssig sei, die es für die Befreiung seines Bodens vor den in Friedensverträge festgesetzten Fristen verlangen wolle. Das Blatt hält es weiter für selbstverständlich, daß Chamberlain, Briand, Stresemann und Vandervelde ihren Aufenthalt in Genf dazu benutzen, um in einen Gedankenaustausch über die Probleme der Stunde einzutreten. Was man von dieser neuen Fühlungnahme in Genf erwarten könne, sei aber nur, daß die für die Außenpolitik der Westmächte verantwortlichen Staatsmänner durch einen vertrauensvollen Gedankenaustausch sich über die gegenwärtigen Schwierigkeiten Rechenschaft ablegen würden.

Vorläufiger Verzicht Danzigs auf die Sanierungsanleihe.

II. Danzig, 6. März. Nachdem der polnische General-Kommissar in Danzig, Minister Straßburger, dem Vorsitzenden des Finanzkomitees des Völkerbundes in Genf ein ausführliches Schreiben überreicht hat, in dem die Stellung Polens zu den Danzig-polnischen Verhandlungen dargelegt wird, hat gestern die Danziger Delegation dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Memorandum über den Danziger Standpunkt überreicht. Das Memorandum betont zunächst, daß der Völkerbundsrat im Dezember vorigen Jahres die Empfehlung einer Sanierungsanleihe für Danzig von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht habe. Seit den Dezember-Verhandlungen habe Danzig nichts unterlassen, um einen möglichst baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Polen herbeizuführen. Das sei jedoch an der Haltung Polens gescheitert. Es werden dann die bekannten Gründe dargelegt, aus denen heraus es nicht möglich war, mit Polen zu einer Einigung zu gelangen. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß von den sechs Bedingungen des Finanzkomitees des Völkerbundes nur eine einzige erfüllt sei, und zwar diejenige, die allein vom Willen des Danziger Senats abhängige. Dann heißt es wörtlich in dem Memorandum:

„Nachdem die Regierung der freien Stadt Danzig sich die größte Mühe gegeben hat, sämtliche Forderungen des Finanzkomitees zu erfüllen, ist es trotz erheblicher Opfer nicht möglich gewesen, eine Einigung zu erzielen. Bei dieser Sach-

Der große Erfolg, den unsere Serientage

zu **95 Pfg.** **1.95 Mk.** **2.95 Mk.** **3.95 Mk.**

bis jetzt gebracht haben, ist ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit. Ueberzeugen Sie sich von den Vorteilen, die wir Ihnen bieten. Während dieser Zeit gewähren wir auf

Konfirmanden-Anzüge, Konfirmanden-Kleider und -Wäsche einen Rabatt von 10%
Geschwister Kleemann Obere Biergasse 128.

Georgenäum Calw.

Am Dienstag, 8. März 1927, abends 8 Uhr, wird Musikschiffsteller Richard (Heilbronn) im Georgenäumsaal aus Anlaß des hundertjährigen Todestages Beethovens einen Vortrag über

Ludwig van Beethoven

halten. Die verehrliche Einwohnerschaft von Calw und Umgebung wird zu zahlreichem Besuch eingeladen.
 Der Georgenäumsrat.

Landw. Bezirksverein Calw.

Thomasmehl

ist eingetroffen.

Die Geschäftsstelle.

Geschäftsübergabe.

Ich erlaube mir, meiner werten Kundschaft die Mitteilung zu machen, daß ich aus Gesundheitsrücksichten mein Herrenmaßgeschäft ab 1. März ds. Js. an Herrn Immanuel Hagenlocher übergeben habe. Für das mir während meiner 20jährigen Tätigkeit am hiesigen Platze entgegengebrachte Vertrauen danke ich verbindlichst und bitte, dieses Vertrauen auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll

Ernst Gierke, Schneidermester.

Geschäftsübernahme.

Am 1. März übernahm ich das

Herrenmaßgeschäft

des Herrn Ernst Gierke, hier, Bahnhofstraße 404 und bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Auf Grund meiner langjährigen Tätigkeit als 1. Kraft bei der Firma K. Biegler-Stuttgart, bin ich in der Lage, meine werte Kundschaft zu ihrer vollsten Zufriedenheit zu bedienen. Gleichzeitig bringe ich zur Kenntnisnahme, daß meine schönen Frühjahrsneuheiten bereits eingetroffen sind.

Einem geschätzten Zuspruch sehe ich gerne entgegen und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung
Immanuel Hagenlocher.

Maßanzug ist Pflichtsache.

Von Dr. Norbert Stern, München.

Menschen sind keine Maschinen. Darum lassen sie sich nicht als Schablonen und mit Schablonen kleiden. Die Schutzbleche der Autos mögen fabrikmäßig zu Tausenden hergestellt werden. Doch Kleider sind keine Schutzbleche. Der Anzug des Herrn sei so urpersönlich wie sein Träger. Keine zwei Menschen unter den vielen Millionen von Lebenden gleichen einander vollständig. Und so dürfen auch keine zwei Anzüge einander auf's Haar gleichen. Persönlichkeit und Charakter sollen wie aus einem Guße geformt sein. Das Kleid ist die stoffliche Fortsetzung des Menschen. So muß auch der jeweils anders geartete individuelle Charakter des Kleidträgers in seinem Anzug zum bildgetreuen Ausdruck kommen.

Wir alle haben die Pflicht zur Kleidkultur. Unsere Kleider sind nicht Futterale, die wir uns ähnlich den Schirmen einfach überziehen lassen. Kleider sind und sollen lebendige Bekenntnisse dessen sein, was in ihnen wohnt und menschliche Gewohnheit ist. Nur die ganz persönlich schaffende Maßarbeit kann den individuellen Charakter eines Anzuges sinn- und formgemäß ausgestalten. Eleganz ohne persönliche Note ist undenkbar. Sie wächst aus Persönlichkeit und Charakter hervor. Nicht das Was, sondern das Wie entscheidet über den Vollkommensgrad des eleganten Anzuges. Seinen Anzug kauft man nicht, man bestellt ihn. Unser Schneidermeister fabriziert ihn nicht, er entwirft und baut ihn.

Sich gut kleiden bedeutet: seinem Wesen, seinem Charakter, seinem Ich das stoffliche Gleichmaß des dazu passenden Anzuges verleihen. Diese Kunst bringt nur der Maßschneider fertig. Die Maße und Proportionen unserer Körperformen sind ihm so geläufig wie die Maße unserer Charaktereigentümlichkeiten. Der gut gebaute Maßanzug ist ja nicht nur technisch, sondern auch charakterologisch ein vollkommenes Stoffgebilde. Weniger der schöne als der charakteristische Anzug wird Auge fesselnd, Sympathie gewinnend, Eleganz oder Schick betonend. Eleganz und Maßarbeit sind also untrennbar voneinander. Unpersönliche Dutzendware kann niemals elegant sein, und wenn sie im geschickten dekorierten Schaufenster über dem hölzernen Menschen noch so elegant tut. Wir sind nun einmal Geschöpfe aus Fleisch und Blut, mit ganz besonderen Gewohnheiten ausgestattet. Unsere Kleider sind und sollen nichts anderes sein als ganz persönliche Wohnungen unserer individuellen Gewohnheiten. Dann sind sie charakteristisch, echt und lebendig zugleich. Daher auch nur der persönlich schaffende Maßschneider imstande ist, uns wirklich vollwertig zu kleiden.

Der Alltags- gleichwie der Gesellschaftsansatz ist und bleibt Sache des schnelldelichen Handwerks. Mag sein, daß auf den ersten Anschein hin so mancher fertiggekaufter Anzug etwas schmissiger und billiger ist als der handwerkliche Maßanzug. Aber es wird wohl wahr sein, was ein reicher Herr einem meiner Freunde einst sagte, als dieser erzählte, er habe sich einen billigen fertigen Anzuge im Geschäfte erstanden: „Ich bin nicht so reich, um einen billigen Anzug kaufen zu können.“ So sprach ein vierzigjähriger Millionär.

Die Erfahrung billigt das allzu billige nicht. Wenn in Bälde das Futter bricht und unschöne Faltenrunzeln dem Anzug ein vorzeitig altes Gesicht aufprägen, dann ist selbst die billigste Pseudo-Eleganz noch viel zu teuer gewesen. Kleidhandwerk und Maßarbeit haben einen goldenen Boden. Das wenige an Mehr, was ihre Anzüge kosten, bringen sie reichlich durch ihre haltbaren Stoffe, ihren tadellosen Sitz und ihre formschöne Kleidprägung wieder ein. Unsere Kleider sind unsere treuesten Begleiter durch das Leben. Sie können nicht sorgfältig genug ausgewählt und ausgearbeitet sein. Ein gut sitzender Maßanzug bereitet uns jeden Tag wieder neue Freude, wie umgekehrt der niemals ganz passende Konfektionsanzug uns stets neuen Aerger verursacht. Der Anzug soll uns Freund und Freude sein.

Da wir keine Schablonenmenschen sein wollen, können wir auch keine Schablonenkleidung brauchen. Unser Anzug muß sich in allen seinen Teilen, von den Knöpfen angefangen bis zur Stoff-Farbe hinan, unserem Wesen anpassen. Eine derartige wechselseitige Anpassung von Ich und Anzug bringt nur der Schneidermeister fertig. Er versteht sich auf die Kunst, im Bilde des Maßanzuges das Ansprechende in uns zum kleidlich sichtbaren Vorzug zu gestalten.

Unsere lieben Freund Schneidermeister — Kleid-Berater und Kleid-Architekt in einem — lassen wir uns nicht nehmen; wir alle nicht, die wir in der Kleidung den besonderen Charakter ihres Trägers suchen und sehen. Unser Maßanzug soll ein Bekenntnis zur Kultur sein. Wir wollen nicht in stofflichen Dutzendfuturalen als puppenhafte Dutzendmenschen umherlaufen. Unsere Kultur hat das Handwerk und auch das Kleidhandwerk erschaffen, um uns vor der Entpersönlichung, Verdinglichung, Mechanisierung und Schablonisierung unseres Wesens zu bewahren. Darum nähret, mehret und ehret euer Kleidhandwerk, indem ihr die Förderung der schnelldelichen Maßarbeit zur erzieherischen Pflichtsache erachtet.

Calw, den 5. März 1927.

Dankfagung.



Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Bruders, unseres guten Onkels

Friedrich Schmälzle

in so reichem Maße erfahren durften, besonders den Herren Ehrentägern für den letzten Liebesdienst sagt herzl. Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Luise Moersch-Schmälzle.

Mittwegstett, den 5. März 1927.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Bruder, Schwiegervater u. Großvater

Joh. Lauser

Schreinermeister

unerwartet schnell im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Lauser.

Beerdigung am Dienstag nachmittags 1 1/2 Uhr.

Hania 6/20 4 Sitzer

N. P. 3. Räder, 6 fach bereift, in tadellosem Zustand selten günstig abzugeben.

F. W. Peltz,
Kriegsbergstraße 26,
Stuttgart,
Telefon 27417.

Fisch- tran

für Schweine billigt zu haben bei

R. Hauber.



Verkaufe ein schönes, starkes
Läufer-Schwein
Georg Rentzler
 Emberg.



Einen schönen zur Zucht geeigneten 14 Monate alten

Farren

fehlt dem Verkauf aus
Friedrich Müller
 bei der Kirche
 Stimmogheim.

Am Mittwoch, den 9. März 1927, bin ich wieder in Calw, Hotel „Waldborn“ von morgens 9—5 Uhr abends.

Ohne Messer!

ohne Wutung, ohne Narbe zu hinterlassen, entferne ich wie bisher schmerzlos für immer jeden Schönheitsfehler, wie Hauterhöhungen, Muttermale, Leberflecken, Linsen, Warzen, Hühneraugen, lästige Haare und Sommersprossen. Auch führe ich ein Pflanzenpräparat von Prof. Dr. White, das grauen Haaren, ohne zu färben, wieder die ursprünglichen Farben verleiht und daß die Haare wieder wachsen durch meine Spezialmittel, wenn noch Wurzeln vorhanden. Für dauernden Erfolg stehe ich ein. 15jährige Praxis.

Maria Ladener, Witwe, Stuttgart,
 Lange Straße 22.
 Spezialistin für Kosmetik !!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Markterlaubnisgesuch der Gemeinde Unterreichenbach

Die Erlaubnis zur Abhaltung von Vieh- und Schweinemärkten je am 4. Montag der Monate März, Juli und Oktober jeden Jahres läuft in diesem Jahre ab. Die Gemeinde Unterreichenbach sucht um Erneuerung dieser Erlaubnis auf die Dauer von 10 Jahren nach.

Einwendungen gegen die Erneuerung der Erlaubnis sind beim Oberamt Calw binnen 14 Tagen anzubringen.

Calw, den 4. März 1927.

Oberamt: Nagel, Amtmann.

Remonteankauf für 1927.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft im Staatsanzeiger für Württemberg vom 2. März 1927 Nr. 50, betr. Remonteankauf für 1927, werden die beteiligten Kreise hingewiesen.

Der Staatsanzeiger liegt zur allgemeinen Einsichtnahme bei den (Stadt-) Schultheißenämtern auf.

Calw, den 4. März 1927.

Oberamt: Nagel, Amtmann.

Stadtgemeinde Calw.

Rehrichstafuhr.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach der gesetzl. Vorschrift vom 16. März 1921 nur Rehrichter bereitgestellt werden dürfen, die nicht größer sind, als daß ein Mann sie in gefülltem Zustand heben kann.

Die Abkehrmannschaft ist angewiesen, unvorschriftsmäßige Gefäße (große Kisten, Fässer, Körbe) ungeleert stehen zu lassen; desgleichen Gefäße, welche ungelöschte (glühende) Asche enthalten.

Calw, den 5. März 1927.

Stadt-Schultheißenamt: Schner.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1926 und 1925/26.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 1. März bis 15. März 1927 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrücke wie folgt abzugeben:

A. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

I.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Einkommensteuer sind verpflichtet:

1. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Kalenderjahr 1926 den Betrag von 8000 M. übersteigen hat; Steuerpflichtige, die lediglich steuerabzugsfähige Einkünfte (Arbeitslohn oder Kapitalerträge) von nicht mehr als 9200 M. bezogen haben, brauchen eine Erklärung nicht abzugeben;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses ihrer Bücher zu ermitteln ist.

II.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Körperschaftsteuer sind verpflichtet:

1. steuerpflichtige Erwerbsgesellschaften;
2. alle übrigen steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts;
3. steuerpflichtige Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

III.

Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens haben abzugeben eine Einkommenserklärung bei Beteiligung in mehreren an den Einkünften aus

- a) Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Bodenbewirtschaftung;
- b) einem Gewerbebetrieb, z. B. einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft;
- c) sonstiger selbständiger Berufstätigkeit;
- d) Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen die zur Geschäftsführung oder Vertretung befugten Personen.

IV.

1. Die Erklärungen für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind

- a) von den Pflichtigen, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, für das Kalenderjahr 1926;
- b) von buchführenden Pflichtigen, die regelmäßig Abschlüsse machen und ihr Wirtschaftsjahr in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (1. Juli 1926 bis einschließlich 31. Dezember 1926) abgeschlossen haben, für das Wirtschaftsjahr 1925/26 oder 1926 abzugeben.

2. Pflichtige (insbesondere Landwirte), deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1926 geendet hat und die deshalb schon veranlagt worden sind, haben eine Steuererklärung nicht abzugeben.

3. Die Erklärung zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die zu I bezeichneten Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, die zu II und III bezeichneten Pflichtigen den Ort der Leitung haben. Ist im Inland weder ein Wohnsitz, noch ein dauernder Aufenthalt, noch ein Ort der Leitung gegeben, so ist die Steuererklärung bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen betrieben oder ständig vertreten wird oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder Vermögensgegenstände sich befinden.

B. Umsatzsteuer.

I.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Umsatzsteuer sind alle Umsatzsteuerpflichtigen verpflichtet mit Ausnahme

1. der Straßenhändler, Wandergewerbetreibenden und anderen Umsatzsteuerpflichtigen, die nach § 57 Durchf. Verf. u. St. G. zu Abzahlungen und zur Führung des Steuerbuchs verpflichtet sind,
2. der nichtbuchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, deren Gesamtumsatz einschließlich der etwa steuerfreien Umsätze im Kalenderjahr 1926 den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigen hat.

II.

1. Die Erklärungen für die Umsatzsteuer sind

- a) von den Pflichtigen, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, für das Kalenderjahr 1926,
- b) von buchführenden Pflichtigen, die regelmäßig Abschlüsse machen und ihr Wirtschaftsjahr in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (1. Juli 1926 bis einschließlich 31. Dezember 1926) abgeschlossen haben, für das Wirtschaftsjahr 1925/26 oder 1926 abzugeben.

2. Pflichtige (insbesondere Landwirte), deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1926 geendet hat und die deshalb schon veranlagt worden sind, haben eine Steuererklärung nicht abzugeben.

3. Die Erklärung für die Umsatzsteuer ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die Umsatzsteuerpflichtigen,

a) soweit sie wegen einer gewerblichen Tätigkeit, einschließlich der Uerzeugung, steuerpflichtig sind, das Unternehmen betreiben. Bei mehreren Niederlassungen oder Geschäftsstellen eines rechtlich in einer Hand befindlichen Unternehmens ist der Ort der Leitung des Unternehmens maßgebend;

b) soweit sie wegen einer beruflichen Tätigkeit steuerpflichtig sind, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Ist weder ein Betriebsort noch ein Ort der Leitung, weder ein Wohnsitz noch ein gewöhnlicher Aufenthalt gegeben, so ist die Steuererklärung bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen ständig vertreten oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder das Unternehmen seinen Sitz hat.

C. Gemeinsames.

I.

Die nach A und B zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten haben die Steuererklärung auch dann abzugeben, wenn ihnen ein Vorbrück nicht zugesandt wird; die übrigen Steuerpflichtigen haben eine Steuererklärung abzugeben, wenn sie hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert werden.

II.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer oder Umsatzsteuer sowie fahrlässige Vergehen gegen die Steuererhebung (Steuergefährdung) werden bestraft.

Stuttgart, den 4. März 1927.

Finanzamt.

Doelter, Reg.-Rat.

Vorkriegspfandbriefe

werden z. Zeit von einer Reihe von Hypothekendarlehen umgetauscht oder bar abgelöst. Wir übernehmen die Beforgung des Umtausches für die Besitzer völlig

kostenlos

und erteilen gerne weitere Auskünfte

Creditbank für Landwirtschaft & Gewerbe in Calw

e. G. m. b. H.

Gärtringen (Bahnhofstation).



Laubstammholz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 10. März 1927 kommen aus Distrikt Edelburg und Mark zum Verkauf:

Eichen: 108 Stück mit Fm. 1,86 Ia, 15,68 Ib, 4,06 IIa, 4,93 IIb, 7,24 IIIa, 9,08 IIIb, 3,85 IIIc, 1,07 IVa, 17,68 IVb, 3,88 IVc, 9,36 V. und 0,75 VI. Klasse.

Buchen: 18 Stück mit Fm. 3,00 IIa, 4,26 IIIa, 1,26 IIIb, 4,24 IV. und 0,81 V. Klasse.

Birnen: 17 Stück mit Fm. 0,64 IV., 4,05 V. 0,53 VI. Klasse.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr am Waldborn oder 10 Uhr an der Straßenkreuzung Deckenfronn-Dachtlermerstraße.

Verkehrsauto 9 Uhr 52 Min. am Bahnhof.

Auszüge durch Förster Ströbach.

Gemeinderat.

W. O. B.

Ortsgruppe Calw
Nächste Zusammenkunft mit Lichtbildervortrag am Dienstag, 8. März 8.15 Uhr abends im Hotel Waldborn.

Verloren.

Am 4. März gegen 8-9 Uhr abends auf der Fahrt zwischen Calw-Östlingen braune Motorrad-Lebertasche mit Inhalt (Werkzeug etc.) verloren. Der Finder wird gebeten, diese gegen Belohnung auf der Besch.-St. dieses Blattes abzugeben.



Seifen
Seifenfloeken
nur i. Consumverein

Schöndorff.
2 guterhaltene

Leitertwagen Eggen

verkauft
Kothfuß, Schmiedmeister.

Stämpfe

aller Art zum Anstichen sowie alle Stichtarbeiten zur pünktlichen Ausführung werden angenommen bei
Geschwister Stanger
Obere Marktstraße 23

FRIEDRICH DAUR

Leinen- und Baumwollwaren
Bettten-Wäsche-Aussteuern

Samtkord viele Farben und Qualitäten
fertige Manchester- und englische Lederhosen
Sommerjuppen / blaue Arbeitsanzüge
Lodenmäntel Mk. 22.-, 30.- und 40.-

Sonderangebot:

Gummimäntel beste Qualität
räumungshalber d. Stück Mk. **22.-**

Karrierte und Sport-Flanelle
in bester und billigster Qual. von 70 Pfg. bis Mk. 1.50
Hemden und Unterhosen in grosser Auswahl
Konfirmandenhemden / Kragen u. Kravatten
Pelzcroisé für Hemden und Bettjacketts Mark **1.10, 1.20, 1.30, 1.50**

Neueingänge

in bunten Frühjahrs- und Sommer-Stoffen
Kleidern / Blusen / Mänteln

Bettbarchent / Damaste / Zitz / Bettzeug
—: beste gereinigte Bettfedern und Flaum —:

Woll- und Kamelhaar-Decken Calwer Fabrikat
Viehdeckenstoff / Karrierleinen / Strohsackzeug

Bettvorlagen und Läuferstoffe

Wachstuche / Tischdecken / Handtücher
in reichhaltiger Auswahl